

Sessionsbericht

Frühjahrsession 2010 (1. März – 19. März 2010)

Von Stefan Brupbacher, Generalsekretär und Fraktionssekretär a.i.

Resultatemässig stand die Frühjahrsession 2010 im Zeichen der 4. Revision des Arbeitslosenversicherungsgesetzes und den Gegenvorschlägen zur Minder-Initiative und zur Ausschaffungsinitiative. In allen drei Bereichen konnte die FDP das Resultat massgeblich beeinflussen bzw. verbessern. Zudem befassten sich die Räte mit verschiedenen Vorstössen zu den Themen Energiepolitik, Direktzahlungen an die Landwirtschaft, Sparmassnahmen in der Gesundheitspolitik und der Stipendien-Harmonisierung. Unser Vorstoss zur Abschaffung der Stempelsteuern wurde im Ständerat praktisch nur von der FDP unterstützt, womit sich SVP und CVP in einen wirtschaftspolitischen Argumentationsnotstand setzten. Medial war die FDP mit Finanzmarktfragen präsent – sei es mit Vorschlägen zuhanden der DV im April für eine Weiterentwicklung der Finanzmarktstrategie, sei es mit einer Interpellation an den Bundesrat, damit dieser beim Internationalen Gerichtshof wegen Verletzung verschiedener Übereinkommen infolge Belohnung des Datendiebstahls durch Deutschland klage. Überschattet wurde die ganze Parlamentsarbeit durch die gehässige Diskussion um die Einsetzung einer PUK zur Bewältigung der Finanzmarktkrise, welche ihrerseits durch kommunikativ ungeschicktes Verhalten der UBS mächtig angeheizt wurde. Die Diskussion zur PUK im Rat zeigte, dass es nicht um die Aufarbeitung einer enormen wirtschaftlichen Krise, sondern um eine politische Abrechnung geht – kurz: der Wahlkampf hat endgültig begonnen.

1. Bilanz aus der Sicht der Fraktion FDP-Liberale (Fraktion RL)

Weitere Reformen der Sozialversicherungen: Auch wenn die Anpassung des BVG-Umwandlungssatzes mit einem überdeutlichen Resultat vom Volk verworfen wurde, bedeutet das nicht, dass der Reformprozess in anderen Versicherungswerken nicht unvermindert fortzusetzen ist. Die Defizite der IV und der ALV sind ein Mahnmal. Zwar setzte sich in der ALV nicht der im Nationalrat von den bürgerlichen Parteipräsidenten geschmiedete vereinbarte Kompromiss durch, doch ist das Projekt immer noch bedeutend besser als eine rein Einnahmen-seitige Korrektur, welche ohne Reform zwingend eingeführt werden müsste. Zwingend auch, dass bei der 11. AHV-Revision die überfällige Anpassung des Rentenalters der Frauen auf 65 mit Zahlungen im Giesskannenprinzip kompensiert werden und die kommenden Beratungen zu dieser Vorlage werden hier von grosser Bedeutung sein.

Gegenvorschlag zur schädlichen Minder-Initiative: Hier hatte die FDP im Oktober die Notbremse gezogen, als eine unheilige Allianz zwischen SVP und SP die Aktienrechtsrevision immer mehr verschlechterte. Die Forderung, ohne Gegenvorschlag vors Volk zu treten zeigte Wirkung: CVP und SP (je ein direkter Gegenvorschlag) und die SVP (Blocher-Minder-Kompromiss als indirekter Gegenvorschlag) mussten ihre Karten auf den Tisch legen. Auch die FDP legte einen direkten Gegenvorschlag vor, der von der CVP unterstützt wurde, in weiten Teilen obsiegte und nun eine gute Basis für die Diskussionen im Ständerat bildet. Dort muss die Gefahr, dass Schweizer Traditionsunternehmen mit hohen Rückstellungen von einigen wenigen Grossaktionären über- und ausgenommen werden, gebannt werden.

Direkter Gegenvorschlag zur Ausschaffungsinitiative: Hier handelt es sich um ein typisches Wahlkampfthema der SVP – prima Vista gut unverfänglich und emotional. Dank einer guten Zusammenarbeit im Ständerat zwischen FDP und CVP setzte sich der harte, aber völkerrechtskonforme Gegenvorschlag durch; nun gilt es, dies im Nationalrat zu wiederholen, wobei hier mit erbittertem Widerstand der SVP zu rechnen ist.



Parlamentarische Untersuchungskommission, PUK: Hier ist die FDP für Transparenz und Effizienz. Das bedeutet, dass die GPK-Subkommission ihre begonnene Arbeit beenden und die nun umfassend vom Bundesrat zur Verfügung gestellten Unterlagen auswerten soll. Können damit nicht die relevanten offenen Fragen gelöst werden, dann wird sich die FDP nicht gegen eine PUK stellen. Bereits jetzt eine PUK einzusetzen, bedeutet Steuergelder zu verschwenden, da nicht auf den begonnenen Arbeiten der GPK hätte aufgebaut werden können. Diese Argumente der FDP obsiegten im ständerätlichen Büro mit 5:1 und mit der Unterstützung der CVP sowie des SVP-Vertreters.

2. Vereinigte Bundesversammlung

Wahl eines Richters ans Militärkassationsgericht: Am 17. März wählt die vereinigte Bundesversammlung mit 162 Stimmen Herrn Serge Fasel als Nachfolger von Frau Barbara Ott, die ihren Rücktritt als Richterin am Militärkassationsgericht angekündigt hat. Er wurde durch die Gerichtskommission vorgeschlagen und von allen Fraktionen unterstützt.

3. Geschäfte beider Räte

Gentech-Moratorium: Nach dem Ständerat hat nun auch der Nationalrat einer Verlängerung des Moratoriums für gentechnisch veränderte Tier- und Pflanzenarten bis November 2013 zugestimmt. Der NR nahm mit 106:68 Stimmen eine entsprechende Teilrevision des Gentechnikgesetzes an. Nachdem sich der Ständerat in der aktuellen Session bei einer marginalen Differenz dem Nationalrat angeschlossen hat, ging die Vorlage in die Schlussabstimmung. Die FDP-Fraktion bedauert diesen Entscheid, da ein dreijähriges Moratorium einen unverhältnismässigen Eingriff in die Wirtschaft darstellt und dem Forschungsstandort Schweiz erheblich schadet.

4. Revision des Arbeitslosenversicherungsgesetzes (AVIG): Die Differenzen zwischen den Räten konnten bereinigt werden. Auf der Beitragsseite schloss sich der Ständerat der Lösung des Nationalrats an. Vorgesehen ist eine Erhöhung der ordentlichen Beiträge um 0,2 Prozentpunkte auf 2,2 Lohnprozente. Bis zum Jahresende, an welchem das Eigenkapital des Ausgleichsfonds 0,5 Milliarden Franken erreicht hat, soll zudem ein „Solidaritätsprozent“ auf höheren Einkommen (126 000 bis 315 000 Franken) erhoben werden.

Auf der Leistungsseite hat der Nationalrat dafür insbesondere die in der Wintersession 2009 beschlossenen Leistungskürzungen für junge Arbeitslose rückgängig gemacht. Er sprach sich gegen verlängerte Wartezeiten für Schul- und Studienabgänger sowie gegen Leistungskürzungen für Arbeitslose unter 30 Jahren ohne Unterstützungspflichten aus, für unter 25jährige sollen die Taggelder nur auf 200 Tage beschränkt werden. Zudem hat der NR auch die Kürzung der Taggelder für Langzeitarbeitslose wieder gestrichen: Der Ständerat hat sich schliesslich dafür bei der Datenbekanntgabe und der Verschärfung der Strafbestimmungen dem Nationalrat angeschlossen. Mit der jetzt beschlossenen Revision soll die defizitäre Versicherung innert 17 Jahren saniert sein. Mit den Entscheiden sinken die Ausgaben um jährlich 622 Millionen, die Einnahmen steigen um 646 Millionen Franken.

Die FDP-Liberale Fraktion bedauert zwar, dass der Nationalrat bei den Leistungskürzungen wieder zurückbuchstabiert hat. Dennoch unterstützt sie die ausgearbeitete Revision. Dies umso mehr, als bei einem Scheitern der Vorlage der Bundesrat zu einer Beitragserhöhung gezwungen wird, ohne dass gleichzeitig Sparmassnahmen realisiert würden.

11. AHV-Revision: Damit soll das Ausgabenwachstum der Versicherung gebremst werden. Geplant sind die Angleichung des Frauenrentenalters an jenes der Männer sowie der Einbau eines „Frühwarnsystems“ im Fall von sich verschlechternden Finanzen. Beide Räte haben das Geschäft bereits beraten und grundsätzlich gutgeheissen.

Erstens sprach sich der Rat dafür aus, ein Frühwarnsystem in die AHV einzubauen: Sobald der Stand des AHV-Ausgleichsfonds unter 70 Prozent einer AHV-Jahresausgabe fällt, soll der Bundesrat Massnahmen zur finanziellen Sanierung vorlegen. Zweitens verhinderte der Nationalrat vorerst, dass die Mittel, die durch die geplante Angleichung des Frauenrentenalters auf 65 Jahre eingespart werden, sogleich wieder für neue Leistungen ausgegeben werden. Die FDP Fraktion begrüsst diese Entscheide.

Eine Mehrheit des Rats stimmte zwar zunächst dafür, Frühpensionierungen für Bezüger von kleineren und mittleren Einkommen grosszügig zu subventionieren (Art. 40ter). Aber ein qualifiziertes Mehr, das für

die Umsetzung dieses Beschlusses nötig gewesen wäre, kam nicht zustande (73:107). Die Vorlage geht somit weiter an den Ständerat. Da dieses grosszügige Modell die AHV-Kasse mit jährlich 1,15 Milliarden Franken belasten würde, hat sich die FDP-Fraktion dagegen ausgesprochen. Dass Frühpensionierungen nicht mit einem Rabatt belohnt werden, ist aus finanzpolitischer Sicht äusserst wichtig.

BVG. Strukturreform: Der Ständerat schwenkte auf die Nationalratsversion ein, wonach Pensionskassen in ihrem Jahresbericht die Anlagemanager, -berater und anderen Experten namentlich aufführen müssen. Bei der Ausgestaltung der Oberaufsicht hiess der SR eine neue Formulierung gut, die der NR übernahm.

KVG. Massnahmen zur Eindämmung der Kostenentwicklung: Die Differenzbereinigung zu den Massnahmen zur Dämpfung der Kostenentwicklung im Gesundheitswesen und der Prämienerrhöhungen in der Krankenversicherung ist immer noch nicht abgeschlossen. Während dieser Session besonders relevant ist, dass der SR auch entschied, den Krankenversicherern zu verbieten, Provisionen und Courtagen zu bezahlen oder Telefonwerbung zu finanzieren (25:16). Der SR hat zudem am Billigstprinzip für Medikamente festgehalten (22-16). Diese beiden Entscheide stimmen nicht mit den FDP-Beschlüssen überein. Die SGK-N hat anschliessend die Vorlage sistiert und wird sie später behandeln.

KVG. Unbezahlte Prämien: Die Krankenkassen müssen den Kantonen einen Teil des Geldes zurückzahlen, das diese für säumige Prämienzahler vorgestreckt haben. Der Nationalrat hat in der dritten Sessionswoche die letzte Differenz bei der Revision des Krankenversicherungsgesetzes ausgeräumt. Dieser Entscheid stimmt nicht mit dem Beschluss der FDP-Fraktion überein. Damit dürfen Kantone fortan Listen mit säumigen Zahlern führen und die Kassen ihre Leistungen weiterhin aufschieben.

Landwirtschaft Bilanzreserve: Die Vorlage zur Schaffung einer Bilanzreserve zur Abdämpfung von Markt- und Grenzöffnungen im Agrarbereich konnte in dieser Session nicht verabschiedet werden. Die grosse Kammer wies die Vorlage mit 96 zu 79 Stimmen zurück und beauftragte den Bundesrat, die Vorlage mit der Finanzierung einer Qualitätsstrategie zu verknüpfen. Im Sinne der FDP-Liberale Fraktion stimmte der Ständerat und überwies das Geschäft. Nach dem abweichenden Entscheid des Ständerates geht das Geschäft zurück an den Nationalrat.

Weiterentwicklung des Direktzahlungssystems: Der Nationalrat hat mit 115 zu 45 Stimmen bei 9 Enthaltungen dem Bundesrat den Auftrag erteilt, die Vorschläge für ein neues Direktzahlungssystem zu konkretisieren. Dabei wurden bereits die Fronten abgesteckt. Während SP und Grüne eine stärkere ökologische Ausrichtung wollen, möchte die SVP am liebsten gar nichts verändern. Die FDP hat die Motion unterstützt, weil durch die Reform die Direktzahlungen stärker an die Leistungen der Bauern anstatt an die Fläche geknüpft werden. Die Motion stärkt den Reformkurs für eine leistungsfähige, unternehmerische und nachhaltige Landwirtschaft, die qualitativ hochwertige Lebensmittel herstellt.

Klares Bekenntnis zur Personenfreizügigkeit: In beiden Räten fand eine ausserordentliche Session zum Thema Zuwanderung statt. Der Nationalrat stimmte über 135 Vorstösse ab, wobei sich die grosse Kammer klar für eine Fortführung der Personenfreizügigkeit aussprach. Sämtliche Vorstösse aus den Reihen der SVP zu den Personenfreizügigkeitsabkommen wurden deutlich abgelehnt. Aus Sicht der FDP Liberale Fraktion ist bedauerlich, dass unser Postulat für ein Rahmengesetz Integrationspolitik mit 87:94 Stimmen knapp abgelehnt wurde.

13. Frankophoniegipfel vom 20. bis 24 Oktober in Montreux: Die Schweiz wird Gastland für den 13. Frankophoniegipfel, beide Räte traten auf die entsprechende Vorlage ein. Jedoch wurde der Gesamtkredit zur Durchführung auf 30 Millionen Franken im Sinne der FDP-Liberale Fraktion beschränkt. Die grosse Kammer sprach sich mit 102 zu 63 Stimmen und die kleine Kammer einstimmig für die Kürzung aus. Die ebenfalls vorgeschlagene Strafkompensierung von 10 Millionen Franken im EDA lehnten beide Räte hingegen trotz vorgebrachter Kritik zuhanden der EDA-Vorsteherin an der Vorgehensweise bei der Organisation des Gipfels mit 96 zu 69 Stimmen bzw. einstimmig ab. Die FDP-Liberale Fraktion begrüsst auch diesen zweiten Entscheid.

Neuregelung der Unterstellung der Bundesanwaltschaft: Als Folge der neuen schweizerischen Strafprozessordnung, die 2010 in Kraft treten soll, muss auch die Organisation der Strafbehörden des Bundes angepasst werden. Der Ständerat hat sich als Erstrat in der Sommersession mit dem Gesetz befasst, in der Wintersession diskutierte der Nationalrat über die Vorlage, und in der aktuellen Session fand die Differenzbereinigung statt. Zu diskutieren gab insbesondere die Frage der Aufsicht über die Bundesanwaltschaft. Schliesslich setzte sich der Vorschlag durch, den Bundesanwalt durch die Bundesversammlung und die Bundesanwaltschaft der Aufsicht einer gemischten, unabhängigen Behörde zu unterstellen.

Diese Lösung entspricht der Haltung der *FDP.Die Liberalen*. In der Vernehmlassung vom Dezember 2007 hat die Partei vorgeschlagen, die Aufsicht der Bundesanwaltschaft einem gemischten Aufsichtsorgan – einem „Conseil de la Magistrature“ zu übertragen.

Klare, strategische Ausrichtung der Schweizer Aussenpolitik (Aussenpolitik 2009. Bericht des Bundesrats): National- und Ständerat nahmen vom aussenpolitischen Bericht 2009 Kenntnis. Die FDP-Liberale Fraktion forderte vom Bundesrat eine klare strategische Ausrichtung der schweizerischen Aussenpolitik, in der die Interessen und Werte der Schweiz im Zentrum stehen. Gegenüber der EU ist der bilaterale Weg zu konsolidieren. Nicht alles, was auch noch wünschenswert wäre, aber alles, was für den Wirtschaftsstandort Schweiz wichtig ist, soll geregelt werden. Die Beziehungen zu den einzelnen Staaten in und ausserhalb Europas müssen intensiviert werden. Dies gilt ganz besonders für neue Macht- und Wirtschaftsräume. Die interne Vernetzung ist konsequent zu verbessern. Eine Aussenpolitik, die isoliert ist, nach innen weder abgestützt noch vernetzt ist, wird nie erfolgreich sein.

Weiterführung der Entwicklungszusammenarbeit: Das Parlament hatte in dieser Session über den bundesrätlichen Bericht zur Weiterführung der Entwicklungszusammenarbeit zu befinden. Entgegen der Haltung der FDP wies die kleine Kammer den Bericht mit 24:13 Stimmen an den Bundesrat zurück mit dem Auftrag, den Erlassentwurf und die Botschaft gemäss den Ratsbeschlüssen vom 8. Dezember 2008 vorzulegen. Ein Minderheitsantrag von SR Peter Briner, die Botschaft auf die nächste Legislatur vorzulegen, blieb chancenlos. Im Nationalrat lag ein Mehrheitsantrag vor, welcher dem Ständerat folgen und den Bericht zurückweisen wollte. Eine Minderheit, bestehend aus einem Teil der freisinnig-liberalen APK-N-Deputation, lehnte den Rückweisungsantrag ab. Die grosse Kammer folgte mit 88:84 Stimmen unserem Anliegen und nahm vom Bericht Kenntnis.

4. Geschäfte des Nationalrats

Erleichterte Zulassung von Ausländerinnen/Ausländern mit Schweizer Hochschulabschluss: Der Nationalrat hat sich mit einer parlamentarischen Initiative befasst, welche durch eine Änderung des Ausländergesetzes Missstände bei der Zulassung von Studierenden sowie Studienabgänger/-innen aus nicht-EU/EFTA-Staaten beseitigen will. Der Entwurf sieht vor, dass Personen mit einem Schweizer Hochschulabschluss auf dem Arbeitsmarkt zugelassen werden, wenn deren Erwerbstätigkeit von hohem wissenschaftlichem oder wirtschaftlichem Interesse ist – eine entsprechende Forderung hat die FDP in der Innovationsstrategie formuliert. Diese Personen sollen nach Abschluss ihrer Ausbildung für eine Dauer von sechs Monaten vorläufig zugelassen werden, um eine entsprechende Erwerbstätigkeit zu finden. Mit 104:36 Stimmen hat die Grosse Kammer der entsprechenden Gesetzesrevision zugestimmt. Die Vorlage geht nun in den Ständerat.

Gefährdung der Armeebestände. Der Zivildienst erlebt seit der Abschaffung der Gewissensprüfung per 01. April 2009 einen Boom. Anstatt wie zuvor jährlich gegen 2000 Personen haben letztes Jahr 7213 Wehrpflichtige ein Zivildienstgesuch gestellt. Dieser Trend ist auch 2010 zu beobachten. Der Nationalrat hat deshalb mit 98 zu 70 Stimmen eine Motion überwiesen welche vom Bundesrat bis im April einen Bericht sowie «umgehend» eine Gesetzesvorlage fordert «welche die bestehenden Missstände beheben wird». Vor diesem Hintergrund verlangt die Nationalrätin Corina Eichenberger, dass der Zivildienst statt heute 1,5-mal bis zu 1,8-mal länger dauern soll als der Militärdienst. Damit wird der Tatbeweis für den Zivildienst verschärft.

Revision des Güterkontrollgesetzes: Nach dem Ständerat ist auch der Nationalrat mit 114:67 Stimmen nicht auf die Revision des Güterkontrollgesetzes (GKG) eingetreten. Mit dieser Vorlage sollte der Bundesrat ermächtigt werden, autonom und in Abweichung von international abgestützten Exportkontrollmassnahmen, eine Ausfuhrbewilligung für „Dual-Use“-Güter (Güter, die sowohl für zivile als auch für militärische Zwecke verwendbar sind) zu verweigern. Neu wollte sich der Bundesrat die Möglichkeit geben lassen Bewilligungen verweigern zu können wenn «wesentliche Landesinteressen» tangiert sind. Die FDP vertrat die Position, dass das bereits strenge Bewilligungsverfahren völlig ausreicht und nicht noch komplizierter ausgestaltet werden sollte.

Bahnpolizeigesetz: Mit 152 zu 5 Stimmen hat der Nationalrat ein Gesetz gutgeheissen, das sich nur in wenigen Punkten vom gescheiterten Erlass unterscheidet. Die Vorlage unterscheidet wie die ursprüngliche Vorlage zwischen einem Sicherheitsdienst und der eigentlichen Transportpolizei. Letztere darf jedoch nicht privatisiert werden. Sie durchläuft wie andere Polizeikräfte eine Polizeischule und wird amtlich ver-

eidigt. Dafür wird für sie auch das Tragen von Feuerwaffen nicht explizit ausgeschlossen. Die Regelung der Bewaffnung wird dem Bundesrat übertragen.

Bahnlärmsanierung: Im Rahmen der Gesamtschau der Eisenbahngrossprojekte hatte der Nationalrat 500 Millionen Franken im FinöV-Fonds die zur Erreichung der Lärmschutzgrenzwerte nicht benötigt werden nicht für andere Zwecke freigegeben und damit blockiert. Mit einer vom Nationalrat angenommenen Motion von Ständerat Peter Bieri (ZG) wird der Bundesrat beauftragt, im Rahmen der kommenden Vorlage zur Bahn 2030 einen Lösungsvorschlag zu präsentieren.

Luftfahrtgesetz: Die vom Bundesrat beantragte Aufsichtsabgabe im Luftverkehr wurde im Nationalrat entsprechend der Position der FDP klar mit 124:62 Stimmen abgelehnt. Mit den Einnahmen hätten im Bazl 24 Stellen finanziert werden sollen. Für die FDP war die Aufsichtsabgabe eine neue Steuer, welche nicht geeignet war, für den Luftverkehr günstige operative Rahmenbedingungen zu schaffen. Im Weiteren beschloss der Rat, dass der Bund den Aufwand der Skyguide für im benachbarten Ausland erbrachte jedoch nicht abgegoltene Dienstleistungen temporär übernehmen kann. Gegen den Willen des Bundesrates nahm der Rat schliesslich einen Artikel an, wonach der Bund die Aus- und Weiterbildung von Piloten fördern soll.

Volksinitiative „Gegen die Abzockerei („Minder-Initiative“): Im Nationalrat stand in der zweiten Sessionswoche die erste Debatte zur umstrittenen Volksinitiative „Gegen die Abzockerei“ von Thomas Minder („Minder-Initiative“) auf dem Programm. Die Initiative betrifft alle an einer Börse kotierten Schweizer Aktiengesellschaften. Unter anderem fordert sie die Einführung eines gesetzlichen Zwangs zur Festlegung der Summe der Vergütungen von Verwaltungsrat, Beirat und Geschäftsleitung durch die Generalversammlung. Abgangsentschädigungen und Vorauszahlungen sollen ausnahmslos verboten werden. Zahlreiche arbeitsvertragliche Details müssten in den Statuten festgelegt werden. Der Bundesrat wollte der Initiative einen indirekten Gegenvorschlag im Rahmen der Revision des Aktienrechts vorlegen. Die Rechtskommission des Nationalrats (RK-N) hatte sich jedoch mit Stichentscheid der Präsidentin für einen direkten Gegenvorschlag ausgesprochen. Dieser wurde dem Nationalrat zusammen mit der Initiative unterbreitet. Der indirekte Gegenvorschlag auf Gesetzesstufe ist nach wie vor in der RK-N hängig. Eine Kommissionsminderheit beantragte dem Ratsplenum, die Minder-Initiative zusammen mit der Vorlage zur Revision des Aktien- und Rechnungslegungsrechts als indirekten Gegenvorschlag zu behandeln. Der Nationalrat lehnte den entsprechenden Ordnungsantrag jedoch entgegen der Haltung der FDP mit 101:91 Stimmen ab und hat in der dritten Sessionswoche den direkten Gegenvorschlag beraten. Eine Vielzahl der Minderheitsanträge aus den Reihen der FDP-Liberale Fraktion wurde angenommen. Jedoch wurde der Minderheitsantrag zur Schaffung des Nominee-Modells (Art. 122 Abs. 1 bis Bst. e bis) abgelehnt. Schliesslich empfahl die grosse Kammer die Initiative und den direkten Gegenvorschlag entgegen dem Willen der FDP knapp mit 66:62 Stimmen bei 56 Enthaltungen zur Annahme.

Steuerbefreiung von Vereinen: Der Nationalrat sprach sich als Zweitrat analog zum Ständerat in der letzten Sommersession mit 103 zu 50 Stimmen für die Steuerbefreiung von Vereinen aus. Ein Verein kann demnach steuerbefreit werden nur weil er ein Verein ist, Das Element der Gemeinnützigkeit ist nicht mehr massgeblich. Von Steuern befreit werden sämtliche Vereine, die sich ideellen Zwecken verschrieben haben. Die FDP-Liberale Fraktion begrüsst diesen Entscheid.

Bausparen: Der Nationalrat will den Kauf von Wohneigentum fördern. Übereinstimmend mit den Beschlüssen der FDP-Liberale Fraktion empfiehlt die grosse Kammer zwei Initiativen zur Annahme, die über Steuererleichterungen den Aufbau von Eigenkapital für den Kauf eines Eigenheims ankurbeln wollen. Die Bauspar-Initiative der von FDP-Nationalrat Hans Rudolf Gysin präsidierten Schweizerischen Gesellschaft zur Förderung des Bausparens (SGFB) und die Volksinitiative «Eigene vier Wände dank Bausparen» des Hauseigentümergebietes (HEV) wollen beide das Bausparen über Steuerabzüge fördern. Mit 118 gegen 64 Stimmen bei 4 Enthaltungen sprach sich der Nationalrat dafür aus, die Bauspar-Initiative dem Volk zur Annahme zu empfehlen. Die HEV-Initiative wurde mit 121 gegen 61 Stimmen bei 2 Enthaltungen ebenfalls zur Annahme empfohlen. Da zwei Initiativen praktisch gleichen Inhalts nicht gleichzeitig an die Urne gebracht werden dürfen, beauftragte der Nationalrat den Bundesrat, zuerst die SGFB-Initiative zur Abstimmung zu bringen, die das Bausparen den Kantonen nicht aufzwingen würde. Erst anschliessend soll über die HEV-Vorlage abgestimmt werden. Diese FDP-Fraktion unterstützt dieses Vorgehen.

Überprüfung des Leistungskatalogs der Krankenversicherung: Ohne Gegenstimme lehnte der Nationalrat eine Motion des Ständerats Urs Schwaller ab, welche eine Überprüfung des Leistungskatalogs im Krankenversicherungsgesetz und eine Positivliste für die Grundversicherung fordert. Der Ständerat hatte diesen Vorstoss in der vergangenen Herbstsession angenommen.

Massnahmen gegen Billigkrankenkassen: Mit 98:84 Stimmen lehnte die Grosse Kammer die Motion Frick. „Massnahmen gegen die Entsolidarisierung in der Krankenversicherung durch sogenannte Billigkassen“ ab. Bereits im Herbst 2008 hatte sich der Ständerat mit der Motion befasst und sie mit 18:17 Stimmen angenommen.

Ausgleich kantonale Krankenkassenreserven: Nur mit Stichentscheid der Präsidentin (82:81 Stimmen) nahm der Nationalrat eine Motion an, die den Bundesrat beauftragt, die kantonalen Krankenkassenreserven bis 2012 angleichen zu lassen.

5. Geschäfte des Ständerats

Buchpreisbindung: Nach dem Nationalrat, der das Geschäft bereits im vergangenen Sommer beraten hatte, entschied sich auch der Ständerat mit 19:15 Stimmen bei einer Enthaltung für die Regulierung der Bücherpreise. Die kleine Kammer hat aber zwei gewichtige Änderungen zur Nationalratsversion vorgenommen. So soll der Preisüberwacher kontrollieren, dass die Buchhändler in der Schweiz nicht missbräuchlich höhere Preise verlangen als Händler im Ausland (90 Prozent der Bücher in der Deutschschweiz werden aus Deutschland importiert). Zusätzlich wird vorgesehen, dass die Preisbindung nicht für Internet Händler aus dem Ausland und dem Inhalt gelten soll. Auf diese Weise wird das Gesetz zum Papiertiger und bestätigt die Position der FDP, dass diese Form des Protektionismus in Zeiten des elektronischen Buchverkaufs zum Untergang verurteilt ist. Die Vorlage geht zur Differenzbereinigung nochmals zurück in den Nationalrat.

Angemessene Wasserzinsen: Der Ständerat befasste sich in der ersten Sessionswoche mit der Differenzbereinigung der Pa.IV. „Angemessene Wasserzinsen“. Auf dem Programm standen zwar die Wasserzinsen, doch diskutiert wurde über einen Ausbau der kostendeckenden Einspeisevergütung KEV für Strom aus neuen erneuerbaren Energien. Der vom Nationalrat beschlossene Erhöhung der maximal möglichen KEV Konsumentenabgabe von 0,6 auf 0,9 Rappen pro Kilowatt wurde zugestimmt. Die vom Nationalrat vorgeschlagene Entlastung von Grossverbrauchern wurde gestrichen. Abgelehnt hat der Ständerat aber auch die von der grossen Kammer beschlossene Lockerung der Limitierung des Gesamtbeitrags an die noch teure Photovoltaik. Rolf Schweizer rechnete vor, dass allein für die Unterstützung der eingereichten Gesuche für Solarstrom in den nächsten Jahrzehnten 1,5 Milliarden Franken eingesetzt würden, diese Stromproduktion jährlich aber nur 2,8 Promille des Schweizer Verbrauchs decke. Neue Wege in der Technologieförderung wollte Pankraz Freitag gehen mit dem Antrag, 10% der Gelder in die Forschung zu investieren. Der Vorschlag wurde mit 23 zu 11 Stimmen abgelehnt. Die Rechnung für die Erhöhung der Wasserzinsen und der KEV-Erhöhung wird der Konsument via höhere Strompreise bezahlen. Die Vorlage geht zur Differenzbereinigung in den Nationalrat. Unabhängig vom endgültigen Entscheid bleibt folgendes Dilemma: Für die Vergütung von Strom aus Wind, Biomasse und kleinen Wasserkraftwerken steht viel Geld zur Verfügung, doch lassen sich viele dieser Projekte aus natur- und landschaftsschützerischen Gründen nicht oder nur verzögert realisieren. Die Gelder bleiben somit blockiert.

CO₂-Kompensation bei fossil-thermischen Kraftwerken: Der Ständerat hat sich mit einer Vorlage befasst, welche neue fossil-thermische Kraftwerke verpflichten will, ihre CO₂-Emissionen vollumfänglich zu kompensieren und wesentliche Teile der Abwärme zu nutzen. Diese Regelung soll in das CO₂-Gesetz integriert werden. Der Bundesrat schlug vor, dass maximal 50 Prozent der Kompensationsleistung mit Emissionsverminderungen im Ausland erbracht werden. Im Gegenzug sind die Kraftwerke von der CO₂-Abgabe auf Brennstoffen befreit. Die Kleine Kammer hat sich in der zweiten Sessionswoche jedoch für eine vollständige Kompensation der CO₂-Emissionen im Inland ausgesprochen. Damit stellte sich der Ständerat gegen den Vorschlag seiner vorberatenden Umweltkommission (UREK-S), welche mit einer Kompensation im Ausland von 30 Prozent die heutige Regelung weiterführen wollte. Gemäss Ständerat sollen allerdings Investitionen in erneuerbare Energien als Kompensationsmassnahmen angerechnet werden können. Ausserdem sollen höchstens Kraftwerke mit einer Gesamtleistung von zusammen 500 Megawatt bewilligt werden. Die Vorlage geht nun mit diesen Differenzen an den Nationalrat. Für die FDP soll die Stromversorgung möglichst CO₂-neutral erfolgen. Andernfalls werden Bestrebungen zur Senkung des CO₂-Ausstosses hintertrieben. Im Hinblick auf die Klimapolitik muss die einheimische Stromerzeugung weitgehend treibhausgasneutral bleiben. Der Bau von Gaskraftwerken zur Stromerzeugung entspricht dieser Anforderung nicht. Lücken im Stromangebot, die trotz Steigerung der Energieeffizienz entstehen, sind mit neuen erneuerbaren Energien, dem Ausbau der Stromproduktion aus Wasserkraft und der Kernenergie zu schliessen.

Volksinitiative “Für ein gesundes Klima“: Der Nationalrat beschloss mit 107:76 die Ablehnung der Volksinitiative. Die Initiative verlangt eine Reduktion der landesweit emittierten Treibhausgase um mindestens 30 Prozent bis 2020 im Vergleich zu 1990. Die Ablehnung der Initiative entspricht der Position der FDP, wonach eine Volkswirtschaft nicht genau auf den Prozentpunkt auf einen bestimmten Treibhausgas-Ausstoss eingestellt wird. Die FDP ist der Meinung, dass bei der Anrechenbarkeit von Emissionsverminderungen im Ausland Flexibilität gewährleistet sein muss. Diese Flexibilität wäre bei einer Annahme der Initiative nicht möglich und es müssten zahlreiche Verbote erlassen werden, um das Reduktionsziel gemäss Initiative zu erreichen.

Unternehmens-Identifikationsnummer (UID): Der Ständerat hat sich als Erstrat mit einer Vorlage befasst, welche vorsieht, dass jedes Unternehmen in der Schweiz ab 2011 eine einheitliche Unternehmens-Identifikationsnummer (UID) erhalten soll. Heute benötigt fast jeder administrative Prozess eine spezifische Identifikationsnummer. Dies führt zu ineffizienten Abläufen und Doppelspurigkeiten. Mit der UID wird den Unternehmen ermöglicht, sich bei jedem Behördenkontakt einzig aufgrund dieser Nummer eindeutig zu identifizieren. Dadurch werden administrative Abläufe vereinfacht und beschleunigt. Zudem lassen sich damit Mehrfacherfassungen derselben Daten vermeiden oder zumindest stark reduzieren. Der Ständerat hat die Vorlage des Bundesrats einstimmig angenommen. Die Wirtschaft unterstützt die Einführung einer Unternehmens-Identifikationsnummer (UID). Diese erleichtert den Informationsaustausch zwischen den Unternehmen und den Behörden. In der Umsetzungsphase ist alles daran zu setzen, dass der Umstellungsaufwand für die Unternehmen möglichst gering ausfällt. Der Übergang zu einem einheitlichen System sollte rasch erfolgen, wobei Parallelitäten möglichst verhindert und der Nutzen schnell sichtbar gemacht werden muss. Zwingend ist, dass die UID nicht zu „gläsernen“ Unternehmen führt und der Datenschutz jederzeit gewährleistet wird. Ebenfalls zentral ist die internationale Einbettung der UID. Das System ist zudem flexibel genug auszugestalten, dass eine Erweiterung auf Betriebe/Betriebsstätten einfach möglich wird, sollte sich zeigen, dass dies für die Unternehmen von Vorteil wäre.

Landwirtschaft: Im Ständerat standen verschiedene Vorstösse zum Thema Landwirtschaft zur Diskussion. Debattiert wurde über “Ernährungssouveränität“, “Selbstversorgung“ und “Wertschöpfung in der Landwirtschaft“. Der Ständerat sprach sich für eine Qualitätsstrategie für Schweizer Lebensmittel und Massnahmen für eine optimale Wertschöpfung entlang der ganzen Ernährungs- und Landwirtschaftskette aus. Eine parlamentarische Initiative von Bauernverbandsdirektor Jacques Bourgeois wurde mit 27:13 Stimmen angenommen, um die “Ernährungssouveränität“ als Prinzip einer ökologischen und dezentralen Nahrungsversorgung auszuarbeiten. Abgelehnt wurde eine Motion, die verlangt, dass die biologisch bewirtschaftete Fläche von bisher 11 auf 20 Prozent der Schweizer Landwirtschaftsfläche zu erhöhen. Mit 19 gegen 17 Stimmen wurde eine Motion angenommen, die “ im Rahmen der Agrarpolitik 2015“ einen Selbstversorgungsgrad von 60 Prozent fordert. Für die FDP sind diese Vorstösse Anzeichen dafür, dass die Forderung nach einem Freihandelsabkommen mit der EU im Agrarbereich immer schwieriger umzusetzen ist.

Hundegesetz: Der Ständerat folgte mit 23 zu 19 Stimmen seiner Kommission und schloss schärfere kantonale Vorschriften neben dem Bundesrahmengesetz aus. Damit wird verhindert, dass ein Hundehalter sämtliche kantonalen Gesetze kennen muss, falls er beim „Gassi-gehen“ eine Kantonsgrenze überschreitet. Das Gesetz nimmt entsprechend der Position der FDP vorab Besitzer und Züchter in die Pflicht. Der Ständerat nahm die Vorlage in der Gesamtabstimmung mit 21 zu 12 Stimmen bei 6 Enthaltungen an. Die Vorlage geht zurück in den Nationalrat.

Vereinbarkeit unserer Rechtsordnung mit der Sozialcharta soll geprüft werden: Der Ständerat nahm ein Postulat zum Thema der Sozialcharta an, welchem die FDP-Liberale Fraktion ebenfalls zustimmte. Der Bundesrat soll einen Bericht über die Vereinbarkeit der revidierten Europäischen Sozialcharta mit der schweizerischen Rechtsordnung und über die Zweckmässigkeit einer möglichst raschen Unterzeichnung und Ratifizierung vorlegen. Das Geschäft geht in den Nationalrat.

Integrationsbestimmung und genauer Delikt katalog angenommen: In der Wintersession hatte die kleine Kammer die Initiative für die Ausschaffung krimineller Ausländer (Ausschaffungsinitiative) zurück in die Kommission geschickt mit dem Auftrag, einen direkten Gegenvorschlag zu prüfen. Ein solcher wurde nun beraten. Der Ständerat folgte in den wesentlichen Punkten der FDP. Mit 34:6 Stimmen empfahl der Ständerat im Sinne der FDP, die Initiative abzulehnen und den Gegenentwurf anzunehmen. Nachdem die FDP in der Kommission einen Antrag für einen direkten Gegenvorschlag eingereicht hatte und somit bei dessen Ausarbeitung massgeblich beteiligt war, darf die Beratung im Ständerat als Erfolg gewertet werden. Die Vorlage geht nun in den Nationalrat.

Abschaffung der Pauschalbesteuerung für Ausländer: Die Pauschalbesteuerung von reichen Ausländern soll in der Schweiz nicht abgeschafft werden. Der Ständerat sprach sich im Sinne der FDP-Liberale Fraktion mit 22 zu 13 Stimmen gegen eine Standesinitiative des Kantons St. Gallen aus, die eine Gleichbehandlung der ausländischen mit inländischen Steuerzahler fordert. Die Mehrheit im Ständerat war nicht bereit, die volkswirtschaftlichen Vorteile der Pauschalbesteuerung preiszugeben. Das Geschäft geht nun in den Nationalrat.

Doppelbesteuerungsabkommen: Der Ständerat hat als Erstrat den ersten fünf Doppelbesteuerungsabkommen zugestimmt, mit denen die Schweiz die Amtshilfe dem OECD-Standard anpasst. Bei den revidierten DBA mit Dänemark, Frankreich, Grossbritannien und Mexiko erfolgte der Entscheid einstimmig, das DBA mit den USA wurde mit 36 gegen 1 Stimme bei einer Enthaltung abgesegnet. Der Ständerat baute jedoch verschiedene Sicherungen in die Ratifizierungs-Beschlüsse ein: Möglichst rasch soll der Bundesrat ein Rahmengesetz über die Umsetzung der Amtshilfe im Schweizer Recht vorlegen. Gleichzeitig sprach sich die kleine Kammer einstimmig für eine Motion der APK-SR aus, welche die Amtshilfe bei illegal beschafften Daten verbietet. Die FDP-Liberale Fraktion begrüsst diese Entscheide. Die DBA sind zentral für die Rechtssicherheit des Schweizer Finanzplatzes, jedoch muss die Umsetzung der Amtshilfe in einem Gesetz geregelt werden. Es muss festgehalten werden, dass die Schweiz bei gestohlenen Daten keine Amtshilfe leistet.

Steuervereinfachung: Das Steuersystem soll in der Schweiz einfacher werden. Die kleine Kammer stimmte einer Motion der FDP-Liberale Fraktion mit 43 zu 2 Stimmen zu, welche vom Bundesrat verlangt, dem Steuerzahler eine einfache Besteuerung zu garantieren. Zudem soll es Einheitstarife, grosszügige Pauschalabzüge und eine Soll-Kapitalrendite in der Vermögensbesteuerung geben. Drei Standesinitiativen, die radikalere Vereinfachungen verlangten, lehnte der Rat hingegen ab.

Abschaffung der Stempelsteuer: Die kleine Kammer verpasste die Chance, mit der Abschaffung der Stempelsteuer ein standortschädliches Instrument aus dem Weg zu räumen und mehr Wachstum für die Schweiz zu generieren. Eine dahingehende Motion von Rolf Schweizer wurde mit 24 zu 10 Stimmen abgelehnt. Die Mehrheit im Ständerat hielt daran fest, dass ohne Klärung der Gegenfinanzierung die Stempelsteuer nicht abgeschafft werden soll.

Für ein Verbot von Killerspielen: Der Ständerat beschloss mit 19:12 Stimmen ein generelles Verbot von Killerspielen. Motion Allemann (09.3422) will die Herstellung, das Anpreisen, die Einfuhr, den Verkauf und die Weitergabe von Spielprogrammen verbieten, in denen grausame Gewalttätigkeiten gegen Menschen und menschenähnliche Wesen zum Spielerfolg beitragen. Das geht der FDP entschieden zu weit. Im Nationalrat lehnte die FDP-Liberale Fraktion die Motion in der Sommersession als einzige Fraktion ab, und auch im Ständerat stimmte die Mehrheit der Fraktion dagegen. Ständerat Rolf Schweizer reichte als Gegenmassnahme eine Motion ein, welche einen „Medienführerschein“ fordert. Zugestimmt hat die FDP der Motion Hochreutener (07.3870), welche ein Abgabeverbot an Kinder und Jugendliche vorsieht. Diese Motion wurde im Rat mit 27:1 Stimmen angenommen.

Freihandel mit Golfstaaten: Der Ständerat hat einstimmig das Freihandelsabkommen zwischen den EFTA-Staaten und den Staaten des Golfkooperationsrats genehmigt. Nach der Zustimmung des Nationalrats in der vergangenen Wintersession ist dieses Geschäft somit erledigt.

Flexiblere Wahlfranchisen bei Krankenkassen: Mit 20:11 Stimmen verwarf die Kleine Kammer eine Motion von Felix Gutzwiller, welche flexiblere Wahlfranchisen in der Krankenversicherung fordert.

6. Vorstösse der Fraktion FDP-Liberale

Die Fraktion FDP-Liberale hat in der Frühjahrsession 2010 folgende Fraktionsvorstösse eingereicht:

Rechtsgrundlage für die Überwälzung sämtlicher Kosten an die UBS: Der Bundesrat wird beauftragt, raschmöglichst die gesetzlichen Grundlagen als Lex spezialis zu schaffen, damit der UBS die Kosten im Zusammenhang mit der Affäre UBS-USA in Rechnung gestellt werden können. Insbesondere die Gebühren für die beiden Amtshilfeverfahren sollen an die UBS überwälzt werden können. Dies kann beispielsweise durch eine Anpassung des "Regierungs- und Verwaltungsorganisationsgesetzes" (RVOG) oder der "Allgemeinen Gebührenverordnung" (AllgGebV, SR 172.041.1) geschehen.

Gentechnikgesetz. Mehr Forschung im Bereich der grünen Gentechnologie: Der Bundesrat wird beauftragt, das Gentechnikgesetz (GTG) vom 21. März 2003 dahingehend zu ändern, dass der verfassungsmässigen Pflicht zur Förderung der Forschung und zum Erhalt der Wettbewerbsfähigkeit des

Schweizer Forschungsplatzes auch im GTG nachgekommen wird und die gentechnische Forschung (einschliesslich der Biosicherheitsforschung) in der Schweiz unter attraktiveren Rahmenbedingungen als bisher stattfinden kann.

Für eine rasche Regierungsreform und eine Stärkung des Bundespräsidiums: Die FDP hat zwei Motionen für eine Stärkung des Bundespräsidiums und eine Interpellation für weitere Entlastungsmöglichkeiten eingereicht.

- › **Mehrjähriges Bundespräsidium:** Das Bundespräsidium wird über eine Amtsdauer von zwei Jahren besetzt. Die Parteien schlagen eine Bundespräsidentin resp. einen Bundespräsidenten vor, dabei besteht die Möglichkeit der Wiederwahl.
- › **Erweiterte Kompetenzen für die Bundespräsidentin resp. den Bundespräsidenten:** Der Bundespräsident soll ein Koordinations- und Weisungsrecht in Verfahrensfragen gegenüber seinen Kollegen erhalten, das er jedoch nur zur Umsetzung einer strategischen Regierungspolitik wahrnimmt. Das Weisungsrecht umfasst keine materiellen politischen Entscheide.
- › **Entlastung des Bundesrates:** Die Regierung soll mehr Staatssekretäre oder Delegierte für Spezialaufgaben ernennen. Zudem sollen Massnahmen ergriffen werden, um längere Instanzenwege und kompliziertere Entscheidungsverfahren zu verhindern. Staatssekretäre und Amtsdirektoren sollen vermehrt Bundesräte in den Parlaments- und Kommissionssitzungen vertreten - gemäss Parlamentsgesetz Art. 159 und 160 ist deren Präsenz nicht vorgeschrieben.

Juristische Personen als Gesellschafter bei Kollektivgesellschaften: Nach Art. 552 OR kann eine Kollektivgesellschaft nur aus natürlichen Personen bestehen. Dies soll geändert werden, indem sich auch juristische Personen an Kollektivgesellschaften beteiligen können. Damit wird dem Umstand entgegengetreten, dass einfache Gesellschaften als kaufmännische Unternehmen nicht geeignet sind - der Mitgliederwechsel ist kompliziert, diese können nicht als Einheit auftreten und haften nicht für unerlaubtes Verhalten der Gesellschafter.

Gegen Diskriminierung bei grenzüberschreitenden Dienstleistungserbringungen: Der Bundesrat wird aufgefordert, seine Bemühungen für den Abbau bestehender Diskriminierungen beim Zugang von Schweizer Dienstleistungserbringern zu den europäischen Märkten zu verstärken. Er soll im gemischten Ausschuss zum Freizügigkeitsabkommen und auf bilateraler Ebene mit den betroffenen Staaten insbesondere Lösungen zu folgenden Problemen finden:

- › zu der von Frankreich verlangten Pflicht für Leistungserbringer im Bausektor, eine Versicherung vorzulegen, die als Garantie gegen Baumängel während 10 Jahre dient.
- › zu der Pflicht der Leistung von Beträgen in deutsche oder italienische Urlaubskassen bei grenzüberschreitender Dienstleistungserbringung, obwohl bereits Beiträge in der Schweiz einbezahlt wurden.
- › zur MWSt-Kaution bei der temporären Ausfuhr von Baumaschinen nach Italien.
- › zu den deutschen Anmeldeverfahren für kurzfristige Arbeitseinsätze von Monteuren in Deutschland.

Völkerrecht statt staatliches "Faustrecht". Klage gegen Deutschland: Zwar nicht als Fraktionsvorstoss eingereicht, aber von einem Grossteil der Fraktion unterzeichnet wurde die Interpellation, welche vom Bundesrat die Prüfung einer Staatsklage gegen Deutschland verlangt. Der Bundesrat solle innert 3 Monaten prüfen, ob der Internationale Gerichtshof über die Entgegennahme illegal erlangter Bankkundendaten aus der Schweiz entscheiden soll. Damit könne ein wichtiger Beitrag zur Beantwortung der wichtigen Frage geleistet werden, ob Interessenkonflikte zwischen Staaten im 21. Jahrhundert mit Völkerrecht oder staatlichem "Faustrecht" gelöst werden. Der Vorstoss wurde in den Medien kontradiktorisch diskutiert, war jedoch der einzige Vorstoss der FDP, der es in den vergangenen Jahren zu einem Thema der Arena schaffte.

7. Schlussabstimmungen

Das Parlament hat folgende 12 Vorlagen in den Schlussabstimmungen verabschiedet:

- › mit 192:0 (Nationalrat) und 42:0 (Ständerat) die Teilrevision des Bundesgesetzes über die berufliche Vorsorge (Strukturreform), mit der die Aufsicht über die Pensionskassen gestärkt wurde;
-

- › mit 133:58 bei 2 Enthaltungen und 43:0 bei 1 Enthaltung eine Änderung des Nationalstrassenabgabegesetzes, mit der die Busse für Nichtbezahlen der Autobahnvignette auf 200 Franken erhöht wurde;
- › mit 91:64 bei 37 Enthaltungen und 32:12 die 4. Revision des Arbeitslosenversicherungsgesetzes, die neben Beitragserhöhungen vor allem auch Leistungskürzungen bringt;
- › mit 137:54 und 43:0 eine Revision des Strafbehördenorganisationsgesetzes, mit der die Aufsicht über den Bundesanwalt neu geregelt wurde;
- › mit 114:74 bei 2 Enthaltungen und 33:10 bei 1 Enthaltung die Verlängerung des Gentechnormatoriums im Rahmen einer Änderung des Gentechnikgesetzes;
- › mit 158:2 bei 31 Enthaltungen und 44:0 eine Änderung des Militärgesetzes, mit der unter anderem die Regeln für die Abgabe einer Armeewaffe verschärft wurden;
- › mit 132:56 und 4 Enthaltungen und 42:0 bei 2 Enthaltungen der Bundesbeschluss über die Teilnahme der Schweiz an den EU-Bildungs-, Berufsbildungs- und Jugendprogrammen;
- › mit 134:58 bei 1 Enthaltung und 44:0 der Bundesbeschluss über die Weiterentwicklung des Schengen-Besitzstandes in Bezug auf den Schutz personenbezogener Daten, mit dem die Rolle des Datenschützers gestärkt wird;
- › mit 193:0 und 44:0 eine Änderung des Krankenversicherungsgesetzes, mit der geregelt wird, wie mit säumigen Prämienzahlern umgegangen wird;
- › mit 130:61 bei 2 Enthaltungen und 34:0 bei 10 Enthaltungen eine Revision des Bundesgesetzes über die Stempelabgaben, mit der "remote members" der Schweizer Börse von der Abgabe befreit werden;
- › mit 190:0 und 44:0 eine Änderung des Bundesgesetzes über die Sanierung der Invalidenversicherung, mit der 5 Milliarden Franken aus dem AHV-Fonds in den neuen IV-Fonds transferiert werden;
- › mit 173:13 bei 3 Enthaltungen und 44:0 die Richterverordnung, in der die Entschädigung für das Präsidium des Bundespatentgerichts den anderen Bundesgerichten angepasst wurde.

Mit Ausnahme der Richterverordnung unterstehen alle Vorlagen dem fakultativen Referendum. Eine beschlossene Sache ist das Referendum gegen die 4. Revision des Arbeitslosenversicherungsgesetzes. Für die Gewerkschaften, die SP und die Grünen ist der Leistungsabbau in diesem Ausmass nicht akzeptabel.
